

## Die Online-Petition hat die 5000er-Marke geknackt

Ulrich May bittet Landrätin um weitere Aufklärung zum Kreisel.

BINZEN (BZ/mm). Nachdem sich Binzens Alt-Bürgermeister Ulrich May vergangenen Freitag in Sachen Erhalt des Dreispitzkunstwerkes auf dem Binzener Kreisel an die Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer sowie an die beiden Landtagsabgeordneten Rainer Stickelberger (SPD) und Josha Frey (Grüne) gewandt hat, hat der Initiator der Petition für den Erhalt des vom Regierungspräsidium (RP) als Verkehrssicherheitsrisiko eingestuften Bauwerkes nun auch an die Lörracher Landrätin Marion Dammann geschrieben. Er verweist in seinem Schreiben auf die aktuell 5023 Unterstützer – davon 4418 aus dem Landkreis Lörrach (mit Stand vom Sonntagvormittag) – und bittet um die Beantwortung gleich mehrerer Fragen. So möchte May wissen, ob die Landrätin entgegen dem Bürgerwillen vor einer Entscheidung des Petitionsausschusses sowie des Verwaltungsgerichtes mit der Vorsitzenden des Petitionsausschusses in Gespräche einzutreten beabsichtigt, mit dem Ziel, eine möglichst schnelle Beseitigung des Dreispitzes, von dem in über 16 Jahren keinerlei Gefahr ausgegangen ist, zu erreichen.

May will wissen, wie es zur Beseitigungsanordnung kam

In diesem Zusammenhang bittet May auch um Aufklärung darüber, wie es überhaupt zu der Beseitigungsanordnung kommen konnte.

Er erinnert dabei daran, dass die Gemeinde Binzen, als eine Überprüfung der Kreismittelinseln auf eventuelles Gefährdungspotenzial angeordnet wurde, nach Aufforderung durch das Landratsamt ein Sicherheitsaudit des renommierten Sachverständigen Dr. Baier vorgelegt hat, der eine Unbedenklichkeit des Kreisel bestätigte. Bisher sei man durch die Aussagen des Landratsamtes Lörrach davon ausgegangen, dass das Regierungspräsidium mit diesem Sicherheitsaudit nicht einverstanden ist. In einem Schreiben vom 20. September 2017 an den Landtagsabgeordneten Josha Frey führe die Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer allerdings aus:

"In Binzen hat ein Auditor der Gemeinde bescheinigt, dass – sinngemäß – keine Gefahr bestünde.

Das Landratsamt Lörrach hat dieses Auditergebnis nicht mitgetragen und auch mein Haus um eine Einschätzung gebeten. Ab diesem Zeitpunkt war das Regierungspräsidium Freiburg im Verfahren beteiligt."

Keinerlei Verständnis für das "Schwarze-Peter-Spiel"

Des Weiteren – so May – sei in dem Schreiben ausgeführt, dass die Unteren Verwaltungsbehörden im Regierungsbezirk Freiburg aufgefordert wurden, in eigener Zuständigkeit entsprechend tätig zu werden.

Dies sei unterschiedlich gehandhabt worden, so May, teils mit Verkehrsschauen, teils auch mit professionellen Sicherheitsaudits. "Auch hier hätte es bereits die Möglichkeit gegeben, auf die Besonderheiten des Dreispitzes einzugehen und gegebenenfalls durch alternative bauliche Maßnahmen eine vernünftige Regelung zu finden", hält May fest.

Nach den Ausführungen der Regierungspräsidentin liege die gesamte Verantwortung des Verfahrens beim Landratsamt Lörrach, kommt May zum Schluss. Und schreibt: "Ich habe keinerlei Verständnis dafür, dass hier wie beim 'Schwarzer-Peter-Spiel' jeder dem anderen die Schuld zuschiebt. Am Ende ist der Dreispitz abgeräumt – und keiner will die Schuld daran gehabt haben".